



dbb



Presseinformation

Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder – Beschäftigte demonstrieren in Potsdam gegen starre Arbeitgeberhaltung

„Wir erwarten ein ernst zu nehmendes Angebot!“

Rund 12.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, darunter viele Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus nahezu allen Verwaltungen und Behörden des Landes Brandenburg, haben sich am späten Nachmittag des 8. März nach einem Demonstrationszug durch Potsdam auf dem Luisenplatz versammelt. Anlass der von Warnstreiks begleiteten Protestaktion, zu der dbb tarifunion und DGB-Gewerkschaften gemeinsam aufgerufen hatten, ist die unverändert starre Haltung der in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Arbeitgeber. Sie hatten am 25. Februar auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen ohne Angebot verstreichen lassen.

„Es geht um die Wertschätzung unserer Arbeit, die wir seit jeher Tag für Tag, Monat für Monat und Jahr für Jahr gewissenhaft leisten. Es geht um die Aufrechterhaltung und Sicherung öffentlicher Dienstleistungen und es geht nicht zuletzt um Gerechtigkeit!“, bekräftigte der 2. Vorsitzende der dbb tarifunion, Willi Russ. Russ forderte den Verhandlungsführer der TdL, auf, am 9. März endlich ein Angebot auf den Tisch zu legen: „Herr Möllring, gehen Sie auf unsere Forderung ein. Machen Sie in dieser Verhandlungsrunde ein Angebot, das diese Bezeichnung auch verdient.“

„Wir wollen teilhaben am viel gepriesenen Aufschwung nach der Finanzkrise. Das Steueraufkommen steigt und es würde noch mehr steigen, wenn die rund 50.000 Landesbediensteten in Brandenburg für ihre nach einer Einkommenserhöhung höheren Gehälter – ungern zwar – mehr Steuern zahlen würden“, rief Gerhard Stuchlick, der stellvertretende Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion brandenburg den Demonstranten zu. Stuchlick stellte auch klar, dass die von den Gewerkschaften geforderten Einkommensverbesserungen „ohne Tricks“ zeit- und inhaltsgleich auf alle Beamtinnen und Beamte des Landes übertragen werden müssen.